



---

Kantonsrat

## **Postulat Sara Muff und Mit. über sichere Häfen und Fluchtrouten**

Eröffnet am

Die Regierung wird gebeten zu überprüfen, wie der Kanton Luzern geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnehmen kann und entsprechende Kontingente zu definieren. Es soll den Menschen so ein faires Asylverfahren in der Schweiz ermöglicht werden. Ähnlich wie dies eine Reihe europäischer Städte und Regionen in anderen Ländern getan haben, soll der Kanton Luzern dem Bund dabei seine Unterstützung zusichern, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Begründung:

Politische Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen zwingen weltweit Millionen von Menschen auf die Flucht. Das Versprechen Europas, die Menschenrechte einzuhalten, wird täglich gebrochen.

Die Aussengrenzen der Europäischen Union sind ein Massengrab. Zehntausende Menschen sind beim Versuch, in Europa Schutz vor Verfolgung, Krieg und Elend zu finden, ums Leben gekommen. Im Jahr 2019 ertranken bereits über 1000 Menschen im Mittelmeer, wie aus Zahlen der UN hervorgeht.

Die aktuelle europäische Asylpolitik dient nicht mehr primär dem Schutz von Flüchtlingen als vielmehr dem Schutz der Grenzen. Das Sterben im Mittelmeer ist kein unvermeidliches Unglück, sondern das Resultat einer gezielten Politik der Abschreckung und des Sterbenlassens. Die Behinderung und Kriminalisierung der freiwilligen Seenotrettung ist die Spitze des Eisbergs dieser inhumanen Politik der Abschottung.

Die aktuelle Situation auf dem Mittelmeer, welche sich dramatisch zugespitzt hat, erfordert unsere Solidarität und unser Handeln. Mit Unterstützung von Schweiz und EU bringt die sogenannte „libysche Küstenwache“ Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa fliehen, in schlimmste Internierungslager mit Folter und Misshandlungen zurück. Es ist von höchster Wichtigkeit, diese Unterstützung sowie die völkerrechtswidrigen Rückführungen von Schutzsuchenden in das Bürgerkriegsland zu beenden und endlich wirksame Schritte einzuleiten, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Ausschiffung in den nächsten sicheren Hafen (Verweis UNHCR Art. 30 und 31 <https://www.unhcr.org/3e5f35e94.pdf>) zu ermöglichen. Danach sollen sie Aufnahme in verschiedenen Staaten finden.

Schutzsuchende müssen Zugang haben zu einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren. Anstelle von nationalen Alleingängen in den Häfen und an den Grenzen ist eine solidarische Aufnahme notwendig, bei der die alleinige Verantwortung nicht den Staaten an den südlichen Aussengrenzen zugeschoben wird für die Asylsuchenden.

Die aktuelle Situation im Mittelmeer, welche sich dramatisch zugespitzt hat, erfordert unsere Solidarität und unser Handeln. Es ist von höchster Wichtigkeit, endlich wirksame Schritte einzuleiten, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Ausschiffung in den nächsten sicheren Hafen zu ermöglichen. Danach sollen sie Aufnahme in verschiedenen Staaten finden. Wenn wohlhabende Nationen ihre Grenzen für Menschen auf der Flucht verschliessen, dann werden andere Staaten diesem Beispiel nachziehen. Die Politik muss Verantwortung über-

nehmen und dazu gehört, dass offene Häfen und sichere Fluchtrouten in Europa angestrebt und aktiv unterstützt werden.

Sara Muff